

LOKALES NIDDA

Erster Schritt zur Abschaffung der Straßenbeiträge in Nidda ist getan

Von Petra Ihm-Fahle Erschienen am 16.05.2019 um 06:00 Uhr

Erster Schritt zur Abschaffung der Straßenbeiträge in Nidda: Der Magistrat soll Konzept erarbeiten, wie Sanierungen mit nur geringen Kosten für die Stadt möglich sind.



Die Besucher der Stadtverordnetenversammlung fordern die Abschaffung der Straßenbeitragssatzung. Mit Roten Karten bringen sie dies zum Ausdruck.
Foto: Ihm-Fahle

NIDDA - Die Straßenbeiträge sollen weg. Einstimmig beauftragte die Niddaer Stadtverordnetenversammlung während der jüngsten Sitzung

am Dienstagabend im Bürgerhaus den Magistrat, Konzeptvorschläge vorzulegen. Applaus von Bürgern, vornehmlich aus Ober-Schmitten, begleitete den Beschluss.

Die Zuhörerplätze waren voll mit Bürgern besetzt, die sich für den Tagesordnungspunkt Straßenbeiträge interessierten. Sie hielten Rote Karten in den Händen. "Es treibt uns um", erklärte Thomas Löffler von der neu gegründeten Bürgerinitiative aus Ober-Schmitten. Ziel sei, die Straßenbeiträge abzuschaffen, "erst mal für Nidda, dann für ganz Hessen".

Den Antrag, den Straßenbeiträgen den Garaus zu machen, stellte die SPD. "Ich war schon immer der Ansicht, dass die Kosten aus dem allgemeinen Steueraufkommen getragen werden müssen", sagte Fraktionsvorsitzender Stefan Knoche. Schon seit vielen Jahren diskutiere das Parlament über das Problem, doch die Kommunen seien gesetzlich verpflichtet gewesen. 2013 erließ die Stadt eine wiederkehrende statt einer einmaligen Straßenbeitragssatzung. Diese sei zwar gerechter, könne aber trotzdem zu unzumutbaren Belastungen führen. Außerdem sei die Abrechnung für die Verwaltung zu teuer und aufwendig. In Nidda würden Stadtteile gegeneinander ausgespielt, fuhr Knoche fort, da in den Abrechnungsgebieten mit deutlich unterschiedlichen Beträgen zur Kasse gebeten werde. "Das mag juristisch in Ordnung sein, aber man kann es den Bürgern nicht erklären." Außerdem führe dies zu Wettbewerbsnachteilen. Die SPD schlage eine Gegenfinanzierung aus Haushaltsüberschüssen und Einsparungen vor, da so Verwaltungsaufwand wegfallen würde.

Knoche ging auf das neue Landesgesetz ein, wonach Kommunen eigenständig entscheiden können, ob sie Straßenbeiträge erheben. Auf Landesebene werbe die SPD allerdings für einen völligen Wegfall. Stattdessen solle das Land den Städten und Gemeinden Sonderzuweisungen zukommen lassen. Bedauerlicherweise sehe es für den Antrag im Landtag nicht gut aus, sagte Knoche. Auch Rathauschef

Hans-Peter Seum betonte: "Das Land müsste die Straßenbeiträge zahlen."

Wie Bernd Schoeps, Fraktionsvorsitzender der Bürger-Liste (BL), unterstrich, begrüße seine Fraktion die Abschaffung der Straßenbeiträge und mithin den SPD-Antrag. Es sei für finanzschwache Kommunen wie Nidda nicht hinnehmbar, die Bürger zur Kasse bitten zu müssen. Allerdings halte er den Vorschlag der SPD zur Gegenfinanzierung für unzureichend. Schoeps beantragte deshalb die Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss. Dort solle beraten werden, wie die Stadt die Finanzierung darstelle und wie mit bereits bezahlten Beiträgen umzugehen sei. Zudem schließe sich die BL einer ausliegenden Resolution des Ortsbeirats Ober-Schmitten an. Schoeps brachte folgenden Antrag ein: "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Nidda fordert den Hessischen Landtag auf, die Streichung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalen Abgabengesetz zu beschließen und die daraus resultierenden Einnahmeausfälle der Kommunen durch Zuweisung aus originären Landesmitteln zu ersetzen."

Till Neumann (CDU) erklärte ebenfalls, die Straßenbeitragssatzung für unzumutbar zu halten. Allerdings sei der Ansatz der SPD zur Gegenfinanzierung "unverantwortlich". Neumann stellte einen Änderungsantrag. Der Magistrat soll demnach aufgefordert werden, in einer der nächsten Sitzungen von Haupt-, Finanz- und Bauausschuss einen Beschlussvorschlag zur Abschaffung der Straßenbeiträge vorzulegen. Das Papier solle Konzeptvorschläge enthalten, wie dies möglich sei, ohne die Stadt wesentlich mehr zu belasten. Zu den Inhalten solle gehören, wie die Kommune Straßenschäden vorbeugt und Sanierungen kostensparend umsetzt. Zudem sei im kommenden Doppelhaushalt ein Rücklagenkonzept zur Finanzierung einzustellen. Nach einer Sitzungsunterbrechung beschlossen alle Fraktionen diesen Antrag, inklusive einer Ergänzung, die Stefan Knoche vortrug: Demnach soll die Stadt bis dahin keine weiteren Straßenbeiträge mehr erheben. Auch dies wurde vom Publikum beklatscht.

Marcus Stadler (Grüne) wollte die Resolution an das Land zunächst im Ausschuss besprechen, um sie umzuformulieren. Der Text bevorzuge finanzstarke Kommunen, die sofort sanieren, wenn sich der Bürgersteig wenige Millimeter absenkt, während Nidda warte, bis der Gehweg "nicht mehr vorhanden ist". Christine Jäger (SPD) und Bernd Schoeps appellierten allerdings, gleich mitzustimmen, um ein Zeichen zu setzen. Das taten die Grünen dann auch.
